

Vereinigtes Königreich

HELEN WALLACE

'Spiel, Satz und Sieg' – die zuversichtlichen Worte von Großbritanniens Premierminister John Major, ausgesprochen nach seiner Rückkehr von den Verhandlungen um den Maastrichter Vertrag, überzeugten die britische Regierung zu Beginn des Jahres 1992, daß die Gemeinschaft letztendlich in eine konstruktive Periode eintreten würde. Schlagkräftige britische Argumente hatten – so glaubte die Regierung – den Ton und die Strukturen der Debatten in der Europäischen Gemeinschaft geändert. Britische Ideen durchdrangen den Aufbau der neuen Europäischen Union und schienen beständig bedeutenden Einfluß auf die europapolitische Tagesordnung zu gewinnen.

Die Chance, Großbritannien "im Zentrum Europas" zu plazieren, würde durch die britische Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 1992 noch erhöht: Die Regierung war von ihrer Meinung derart überzeugt, daß sie ihr Präsidentschaftsprogramm bereits im Februar ankündigte. Das sah beinahe so aus, als ob sie die Aufmerksamkeit von der gerade eröffneten portugiesischen Präsidentschaft ablenken wollte.

Natürlich gab es auch in Großbritannien das "kleine Problem" der parlamentarischen Ratifikation des Unionsvertrages. Aber für eine Regierung, die sich auf einer 13 Jahre langen Überlegenheit im Parlament ausruhen konnte, schien das nur eine geringe Sorge zu sein. Die Hürde, die zwischen den konservativen Ministern und dem Gewinn einer effektiven Einflußnahme auf die europäische Politik lag, war die anstehende Parlamentswahl. Aber hier – so dachte man – würde der auf europäischer Ebene erzielte Erfolg ein Vorteil sein: Sogar die Mitgliedschaft im Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) würde helfen, die Wirtschaftspolitik der Regierung zu sichern.

Wie falsch die konservative Führung die Lage doch einschätzte! Jede ihrer Hoffnungen wurde – abgesehen von dem Wahlsieg im April 1992 – mit fortschreitendem Jahresablauf zerschlagen. Aber sogar dieser Sieg war zwiespältig. Das Wahlergebnis zeigte nur eine dürftige Mehrheit. Darüber hinaus ließen sich auch neue, von den Thatcher-Jahren geprägte konservative Abgeordnete im Parlament nieder, die das trügerische Gefühl der scheinbar mühelosen konservativen Dominanz über die ineffektive Opposition verstärkten. Im Laufe des Jahres verwandelte sich die Frage, wie die Position Großbritanniens "im Zentrum Europas" am besten zu nutzen sei, zu dem Problem, wie sich das Land "am Rande der Gemeinschaft" als ein vollwertiges Mitglied der Europäischen Union behaupten sollte.

Erfolge und Mißerfolge bei der Wahl

Jede auch nur halbwegs realistische Wahlprognose verkündete, daß die Konservativen es schwer haben würden, sich den vierten Sieg in Folge zu sichern. Die Partei war durch die hartnäckige Debatte um den Rücktritt von Margaret Thatcher zerrissen. Meinungsumfragen offenbarten immer deutlicher die schwindende Popularität der Konservativen. Interessanterweise waren die Bestrebungen, Margaret Thatcher abzusetzen, gerade dadurch verursacht worden, daß ihre harsche Kritik an der EG zu einem Wahlversprechen werden könnte. Der Aufbau einer eher positiven und sichtlich erfolgreichen Europapolitik wurde von der Partei als entscheidender Teil des Wahlkampfes angesehen: "The Conservatives have been the party of Britain in Europe for 30 years. We have argued when argument was necessary, but we have not wavered or changed our views. We have ensured that Britain is at the heart of Europe, a strong and respected partner (...) Britain refused to accept the damaging Social Charter (...) Membership of the ERM is now central to our counter-inflation discipline"¹.

Für die Labour Party wurde es lebenswichtig, eine überzeugende und konstruktive Europapolitik vorzulegen. Besonders, da ihre unentschlossenen Positionen in den letzten zehn Jahren die Glaubwürdigkeit der Partei unter den Wählern weitgehend erschüttert hatten. Tatsächlich war eines der Hauptziele des Parteiführers Neil Kinnock, die Partei in eine moderne und pro-europäische "social democratic party" zu verwandeln (obwohl dieser Begriff nicht gebraucht wurde). Im Vorfeld der Wahl, den Geruch des Sieges schon in der Nase, entwarfen die leitenden Mitglieder der Labour Party vorsichtig sowohl eine starke Europapolitik als auch ein detailliertes Alternativprogramm für die britische Präsidentschaft²: "The EC must be more than just a single market. It should develop into a Community which helps our industry in a more competitive word, sets higher social and environmental standards and establishes greater European unity to meet common objectives (...) The EC must also develop a new and distinct foreign policy (...) The Labour government will participate positively in the negotiations concerned with the move towards a single currency (...) Labour will sign the (social) charter as soon as we come into office"³.

Die Sozialpolitik ist eindeutig der maßgebliche Unterschied in den Programmen der beiden Parteien. Die Labour Party hatte zwar – im Gegensatz zu den Konservativen – die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) als festes Ziel akzeptiert, diese wiederum verbanden ihre Wirtschaftspolitik klar mit einer langfristigen Mitgliedschaft im Europäischen Währungssystem (EWS). Beide Parteien befürworteten eine Erweiterung der Gemeinschaft: die Labour Party mit einer gleichzeitigen Vertiefung, die Konservativen ohne. Beide Parteien betonten die fortdauernde Bedeutung der NATO. Hinsichtlich der Rolle der Europäischen Union in der Verteidigungspolitik war Labour sogar unbestimmter als die Konservativen, was die beträchtliche Unsicherheit der Partei in diesem Bereich widerspiegelt.

Von anderer Seite fand die EG starke Unterstützung in den Liberaldemokraten, der einzigen britischen Partei mit einem Konzept für den europäischen

Föderalismus. Ihr Wahlprogramm versteht Maastricht als entscheidenden Schritt, aber nicht als Endstation. Sie kritisierten vehement die *opting-outs* der Konservativen in der WWU und dem Protokoll über die Sozialpolitik. Die Schottische Nationalpartei stellte wiederum unmißverständlich klar, daß Unabhängigkeit in Europa die einzige Politik sei, die Stabilität für Schottland mit sich bringen würde. Natürlich begann auch in der politischen Debatte Schottlands die Diskussion über das Subsidiaritätsprinzip und plötzlich entflammte während des Wahlkampfes auch die Diskussion um den Bestand der "Britischen Union".

Die Wahl vom 9. April ergab folgende Sitzverteilung im Parlament: Konservative 336, Labour 271, Liberaldemokraten 20, Scottish National 3, Plaid Cymru 4, Ulster Unionist 9, Democratic Unionist 3, Ulster Popular Unionist 1, Social Democratic and Labour 4. Gewählt wurden Konservativen mit 41,9% (1987: 42,2%), Labour Party 33,9% (29,5%), Liberaldemokraten 17,8% (22,6%) und andere 5,8% (4,4%). Die Konservativen besaßen somit zwar eine Mehrheit von 21 Sitzen, konnten aber wiederum nicht die Mehrheit der Wähler für sich gewinnen.

Es schien, als ob von allen großen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft einzig das Vereinigte Königreich über eine starke Regierung verfügen würde: zu einer Zeit, in der sich die politischen Führer vieler anderer EG-Staaten einem enormen Druck ausgesetzt sahen. Aber die Konservativen mußten sich endgültig von den problemlosen Regierungszeiten mit einer starken Mehrheit verabschieden. Die knappe Mehrheit bedeutete, daß durch das Abspringen oder Oppositionieren von nur wenigen konservativen Abgeordneten die Regierung verwundbar war. Der erste Beweis hierfür zeigte sich bereits unmittelbar nach der Wahl, als die Tory European Reform Group – die "Euroskeptiker" – Anstalten machten sich zu organisieren, um diese Tatsache für ihre Zwecke auszunutzen. Die Abstimmung über die "Maastricht Bill" nach der zweiten Lesung am 21. Mai ergab 92 Abgeordnete gegen das Gesetz (22 Konservative, 61 Labours, 11 andere). Im Wege stand der Billigung auch die Enthaltung der Labour Abgeordneten – nur zwei stimmten dafür – wegen des *opting-outs* Großbritanniens für das Protokoll über die Sozialpolitik. Die Partei litt darüber hinaus unter dem Trauma der vorangegangenen Wahlniederlage und der bevorstehenden Wahl des Parteivorsitzenden. Auch Spekulationen über die Nominierung von Neil Kinnock für eines der beiden britischen EG-Kommissarämter – sozusagen als Trostpreis – erwiesen sich als haltlos. Letztendlich entschloß sich die Regierung für die erneute Nominierung von Sir Leon Brittan und Bruce Millan.

Ratspräsidentschaft und zerschlagene Hoffnungen

Die Ambitionen der konservativen Regierung für die britische Präsidentschaft waren klar:

1992 war das Jahr der Vollendung des Binnenmarktes: schon immer ein zentraler Bestandteil der Europapolitik der Konservativen. Daß die Präsidentschaft in die zweite Hälfte des Jahres fiel, bot die vielversprechende Aussicht, daraus Vorteile zu ziehen. Das einzige Problem in diesem Zusammenhang zeigte sich im

freien Personenverkehr. Die britische Regierung bestand auf der Beibehaltung von zumindest eingeschränkten Grenzkontrollen. Weiterhin hatten die Briten sich schon längere Zeit für den Beitritt der EFTA-Staaten ausgesprochen. Sie hofften, die entsprechenden Verhandlungen während ihrer Präsidentschaft eröffnen zu können. Außerdem waren sie entschlossen, die Umsetzung der Europaabkommen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten zu beschleunigen, um ihnen auf dieser Basis in absehbarer Zeit die volle Mitgliedschaft zu ermöglichen. Diese drei Themen verkörperten – neben der alltäglichen Politik – den Kern des Programms für die Präsidentschaft. Im Vorfeld der Präsidentschaft kam es zu einem symbolischen Akt ganz anderer Art. Die Königin sprach zum ersten Mal als Staatsoberhaupt Großbritanniens zum Europäischen Parlament – ein Ereignis, das in früheren Jahren von Margaret Thatcher verhindert wurde⁴.

Die britische Regierung ging davon aus, daß bis zur nächsten Regierungskonferenz keine bedeutenden Diskussionen über die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft mehr stattfinden würden. Die Ratifizierung der Verträge über die Europäische Union und den Europäischen Wirtschaftsraum würde – so dachte man – mehr oder weniger automatisch ablaufen. Ganz sicher fehlte auf der Prioritätenliste der britischen Präsidentschaft – trotz dessen Wichtigkeit – die zukünftige Finanzierung der Gemeinschaft sowie konkrete Pläne für das Voranbringen der Währungsfrage. Die einzige dunkle Wolke am Horizont, die von den Ministern auch als solche erkannt wurde, war der eskalierende Konflikt im ehemaligen Jugoslawien. Bei diesem an sich schon unangenehmen Thema wollten die Briten ihre direkte Beteiligung minimieren.

In dieser Situation fand am 2. Juni das dänische Referendum statt. Die Bestürzung in Großbritannien aufgrund des dänischen "Nein" war groß. Sofort begannen britische Maastricht-Gegner – vor allem in der Conservative Party – mit zwei Argumenten, den Unionsvertrag zu attackieren: Erstens sei es immer noch möglich, den Vertrag zu kippen und zweitens sollten britische Wähler wie die Dänen, Franzosen und Iren die Möglichkeit zu einer Volksabstimmung erhalten. John Major fand sich unter Druck gesetzt. Einige andere Mitgliedstaaten ließen durchblicken, daß sie irgendwie auch ohne die Dänen weitermachen würden und – wenn notwendig – auch ohne die Briten. Zwar hatten sich die Briten während der Ratspräsidentschaft für die Interessen der EG als ganzes einzusetzen. Doch die Stärke der Euroskeptiker in der eigenen Partei war schon immer ein Klotz am Bein John Majors gewesen: sowohl im Kabinett als auch in der Fraktion. Weitere Punkte behinderten Major ebenfalls ernsthaft in der Rechtfertigung des Unionsvertrages. Seine Argumente für den Unionsvertrag – wie auch die Argumente von Douglas Hurd – waren vor allem darauf ausgerichtet, was der Vertrag nicht war. Die Argumentationslinie zielte weiterhin darauf ab, daß die föderalistischen oder zentralistischen (das neue Haßwort im britischen Europalexikon!) Ambitionen in Schach gehalten wurden. Major war dagegen nicht imstande, im Vertrag von Maastricht neue Möglichkeiten aufzuzeigen. Konsequenterweise wäre aufgrund dieser Argumentation die Torpedierung des Vertrages als ganzes sinnvoller gewesen. Da die Labour Party den Vertrag wegen des sozialpolitischen opting-out

als ungenügend empfand – und auch von der konservativen Regierung während der Regierungskonferenzen beständig abgewehrt wurde –, war der Antrieb, die Ratifikation zu vereinfachen oder der Regierung aus diesen Schwierigkeiten zu helfen, nicht übermäßig ausgeprägt.

An dieser Stelle zögerte John Major, was sich als fatal herausstellen sollte. Er und Douglas Hurd betonten, daß die Briten vor ihrer Ratifizierung nicht nur das französische Referendum, sondern auch die EG-Antwort auf das dänische "Nein" abwarten wollten. In den folgenden Monaten wurde den Briten mehrfach die Gelegenheit geboten, sich von den Dänen zu distanzieren. Stattdessen demonstrierten sie wiederholt Einigkeit: bei Zeitpunkt und Ablauf der Wahl im House of Commons sowie bei den Anstrengungen, die Interpretation und Klärung der Bestimmungen von Maastricht, die den dänischem Bedenken angepaßt werden sollten, hinauszuzögern. In Ansprachen wiederholten britische Minister, daß man mit der Ratifizierung die Haltung der Dänen abwarten würde. Tatsächlich war das eine höchst ungewöhnliche Übertragung von Verantwortung für einen Eckstein britischer Außenpolitik auf die jütländischen Wähler – noch dazu von einer Regierung, die normalerweise so eifersüchtig auf die Wahrung ihrer Souveränität achtet. Darüber hinaus widerlegte die Konfusion im Zusammenhang mit der Debatte um den Subsidiaritätsbegriff und dem Plädoyer für mehr "Offenheit" in der Entscheidungsfindung der EG den Anspruch der Briten, sie hätten diese Probleme bereits Monate früher in Maastricht gelöst. Im Ergebnis belastete die Ratifikationsdebatte und die damit verbundene Notwendigkeit, den Dänen entgegenzukommen, die gesamte britische Präsidentschaft. Mehr noch: dies unterminierte den Wunsch der britischen Regierung, die Erweiterung der Gemeinschaft und ihre Öffnung nach Osten voranzutreiben.

Wirtschaftlicher Druck und Spannungen

Einer der Faktoren, die den Konservativen zu ihrem Wahlsieg im April verhalfen, war die im Vergleich zur Labour Party größere Evidenz ihres Wirtschaftsprogrammes. Während der Sommermonate betonte die Regierung wiederholt die Notwendigkeit der Inflationsbekämpfung und einer engen Bindung des Sterlings an den Wechselkursmechanismus. So hofften sowohl die Finanzmärkte als auch die Geschäftswelt, daß diese Verbindung so stark sein und bleiben würde, daß die bisherigen Verpflichtungen sich in die britische Akzeptanz der Währungsunion einschließlich der europäischen Währung verwandeln würden.

Zusammengenommen führten drei Entwicklungen zum Scheitern dieser Politik. Erstens warnten schon längere Zeit Fachleute davor, daß Realignments – seit etwa zwei Jahren – überfällig seien: Die Paritäten entsprächen nicht den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten. Realignments wurden aus verschiedenen Gründen unterdrückt, beispielsweise im Falle Großbritanniens, weil es sich weigerte zuzugeben, daß das britische Pfund im Verhältnis zur deutschen Mark auf einem zu hohen Niveau in den Wechselkursmechanismus eingetreten war. Die deutsche Einheit verschärfte das Problem. Zweitens zeigten die strukturellen

Schwächen in der britischen Wirtschaft und der Einfluß der anhaltenden Rezession ihre Wirkung. Drittens reagierten die Finanzmärkte nervös und mit Spekulationen über den Franc auf das französische Referendum am 20. September 1992. Britische Aussagen über den Abbruch des Ratifizierungsprozesses, falls die Franzosen mit "Nein" stimmten, trugen zu weiteren Spekulationen bei.

Der britische Finanzminister und Präsident des ECOFIN-Rates Norman Lamont hätte die Gelegenheit gehabt, den Spekulationen entgegenzutreten und stattdessen eine konzentrierte Diskussion unter den Finanzministern über mögliche Lösungen auf deren informellen Treffen in Bath einleiten können. Aber offensichtlich fand eine solche Diskussion nicht statt. Tatsächlich waren weder das Europäische Währungssystem noch die Währungsunion unter den bevorzugten Themen von Lamont. Folglich wurde weiter spekuliert und die Widerstandsfähigkeit des Wechselkursmechanismus fiel. Am Wochenende des 12./13. September wurde die Lira – im wesentlichen infolge einer bilateralen Vereinbarung zwischen Italien und Deutschland – leicht abgewertet. Ob es darüber hinaus Pläne für ein weiteres Realignment gab, bleibt Vermutungen überlassen. Es war völlig klar, daß der französische Vorsitzende des Währungsausschusses, Jean Claude Trichet, sich gegen Manipulationen am Franc wehren würde. Falls ein Angebot gemacht wurde, den Sterling in ein geplantes Realignment einzubeziehen, wurde dieser Vorschlag jedenfalls von Norman Lamont abgelehnt.

Stattdessen knirschten die britischen Minister und Offiziellen mit den Zähnen und versuchten ihrerseits, die Spekulationen gegen den Sterling abzuwehren. Am Nachmittag des 17. September mußten sie sich jedoch geschlagen geben und kündigten eine massive Abwertung des Sterling sowie den Austritt aus dem Europäischen Währungssystem an. Der Schaden war groß. Die Glaubwürdigkeit der britischen Wirtschaftspolitik wurde im gleichen Maße geschädigt wie das Ansehen des Finanzministers. Die Art und Weise der Entscheidung kam Wirtschaft und Politik teuer zu stehen. Darüber hinaus erntete die Regierung Hohn und Spott für das Versprechen, "im Herzen Europas" zu bleiben. Daß John Major beschloß, Norman Lamont in seinem Amt zu belassen, wurde generell als Zeichen verwirrter Fehleinschätzung gewertet. Die Euroskeptiker unter den Konservativen freuten sich über die offenkundige Bestätigung ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Währungsunion. Die hitzige Auseinandersetzung zwischen der Bundesbank und dem britischen Finanzministerium, das sich über "falsche Linien" im Wechselkursmechanismus und deren Beitrag zur Währungskrise ausließ, ging durch die Presse.

In den darauffolgenden Monaten sah sich die Regierung in ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik ständig unter Druck. Die Situation spitzte sich dramatisch zu, als im Oktober plötzlich zu hören war, daß 31 Bergwerke im Zuge der Privatisierung geschlossen werden mußten. Hier zeigte sich abermals, daß eine kleine, aber vernehmbare Gruppe konservativer Abgeordneter bereit war, gegen die Regierung zu stimmen, und es kam eine noch größere Anzahl unzufriedener Regierungsanhänger zum Vorschein. John Major mußte zu jedem Thema mehr und mehr auch in seiner eigenen Partei kämpfen und seine Führung schien bedroht. Die

Kohlenkrise überschattete das Mitte Oktober eilig einberufene Treffen des Europäischen Rates in Birmingham: im übrigen eine Konferenz, die nur wenig zur Lösung der britischen und europäischen Probleme beitrug.

Krieg im ehemaligen Jugoslawien

Ginge es nach Bedeutung und bittererster Tragödie, wäre der fortdauernde und sich zuspitzende Krieg im früheren Jugoslawien das eigentliche Thema der britischen Präsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 1992 gewesen. Lord Carringtons Versuch, im Namen der Europäischen Gemeinschaft den Frieden zu erzwingen, führte zu keinem Ergebnis. Der Krieg in Bosnien wurde stattdessen immer bösartiger. Im August ergriffen die Briten mit der Einberufung einer internationalen Konferenz in London, zu der auch die Kriegsparteien eingeladen wurden, symbolisch die Initiative. Um das Ergebnis kurz zusammenzufassen: die britische Regierung konnte hinterher hervorheben, daß sie einen Lösungsversuch unternommen hatte, es wurde sogar ein Waffenstillstand unterzeichnet und der Grundstein gelegt für den Vance-Owen-Plan, der Bosnien in einzelne Gebiete aufteilen sollte. Als sich in den darauffolgenden Wochen und Monaten die Ineffizienz des Planes zeigte und der Krieg weiterhin Schrecken verbreitete, zogen sich die Briten als Initiatoren zurück. Tatsächlich wandte sich die Diskussion weg von einer EG-Lösung und hin zu den Möglichkeiten der Vereinten Nationen. Nur widerwillig entsandte die britische Regierung gegen Ende des Jahres ein Bataillon von Bodentruppen als Teil der UNPROFOR nach Jugoslawien. Der Enthusiasmus für diese Aufgabe war gering und Großbritannien weigerte sich zuzugeben, daß die Glaubwürdigkeit der westeuropäischen Politik – jedenfalls in diesem Bereich – in sich zusammenfiel.

Schadensbegrenzung in Edinburgh

Trotz allem war der Europäische Rat in Edinburgh im Dezember ein Erfolg. Zumindest in den Schlüsselbereichen fanden die Staats- und Regierungschefs genügend Gemeinsamkeiten, um das dänische Problem in einer den Dänen zusagenden Art und Weise zu lösen. Das Delors-II-Paket wurde angenommen. Lange Dokumente zu Transparenz, Offenheit und Subsidiarität wurden von müden Ministern, die wegen der schwindenden Popularität der Europäischen Gemeinschaft besorgt waren, verabschiedet. Weiterhin wurde – trotz der Erklärung in Lissabon, erst den Vertrag zu ratifizieren und dann zu erweitern – grünes Licht für die Eröffnung der Erweiterungsverhandlungen gegeben.

Ein britischer Erfolg trotz allem? Vielmehr dürften die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates mehr ein Erfolg für die Gemeinschaft als ganzes sein, indem diese aus den ärgsten Problemen herauslaviert wurde. Die Minister aller Mitgliedstaaten erkannten, daß ein Scheitern in Edinburgh ein zu großes Risiko gewesen wäre. Die harte Arbeit, die die britische Präsidentschaft leistete, um die Elemente des Paketes zusammenzuschüßeln, trug sicher einiges zum Gelingen bei: Wobei

die Briten aber auch beständig verzweifelt zu demonstrieren versuchten, daß sie immer noch in Europa mitspielen, und daß nach ihrer Auffassung doch eine würdige Reihe von Ergebnissen präsentiert werden konnte.

Großbritannien zurück "im Herzen Europas"? Nicht unbedingt. Es war erstaunlich, daß sowohl die Regierungen anderer Mitgliedstaaten als auch die Kommissare in der Öffentlichkeit mit bemerkenswert sanften Tönen gegenüber ihren britischen Gesprächspartnern agierten. Beide Seiten waren interessiert, Dänemark wieder an Bord zu holen. Die Briten haben jedoch noch einen langen Weg zurückzulegen, bis sie ihren Platz im Herzen Europas gefunden haben.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Anke Gimbal und Melanie Morisse, Forschungsgruppe Europa, Universität Mainz.

1 Auszug aus: Conservative Party Manifesto, "The Best Future for Britain", März 1992.

2 Labour Party: "Thinking ahead, working together, Labour's Presidency of the Euro-

pean Council", März 1992.

3 Labour Party Manifesto: "Britain in a New World", März 1992.

4 Die Rede wurde in der britischen Presse am 13. März dokumentiert, sie hatte einen eindeutig pro-europäischen Klang.

Weiterführende Literatur

Foreign Affairs Committee, House of Commons: Europe after Maastricht, Second Reprint, Session 1991/92, 2 vols, 7. 3. 1992 and Session 1992/93, 2 vols, 29. 4. 1993.

Foreign and Commonwealth Office: Developments in the European Community, January – June 1992 and July – December 1992 (Cmnd 2168) HMSO, 1993.

Franklin, Michael: The EC Budget: Realism, Redistribution and Radical Reform. RIIA Discussion paper 42, London, November 1992.

George, Stephen (Hrsg.): Britain and the European Community: the politics of semi-detachment, Clarendon Press 1992.

Home Affairs Committee, House of Commons: Migration Controls and the External Borders of the European Community, Session 1991/92.

de La Serre, Françoise: Comment être britannique et européen?, in: Politique étrangère 1 (1993), S. 55–61.

Treasury and Civil Service Committee, House of Commons: Economic and Monetary Union, Session 1991/92.

Ders.: Prospects for Monetary Union, Session 1992/93.

Wallace, William: British foreign policy after the Cold War, in: International Affairs 68, 3, S. 423–442.